



Newsletter aus dem Sachsen-Verbindungsbüro Brüssel

Ausgabe vom 02. März 2011 - Sächsische Staatsregierung

EU-Politik

Finanzen

»Europa-2020-Projektanleihen« sollen die Finanzierung von Projekten mit langfristigem Ertragspotenzial fördern.....	3
Konsultation fragt nach der Machbarkeit einer Finanztransaktionssteuer und einer Finanzaktivitätssteuer.....	4
Zuversichtliche Prognose für Deutschland.....	5

Regionalpolitik

Sächsische Regionen bleiben unter 90 % des Bruttoinlandsproduktes.....	6
Europäische Kommission veranstaltet Konferenz zu nachhaltigem Wachstum in der Regionalpolitik.....	7

Umwelt

Kick-off-Meeting für EU-Teilprojekt im Sachsen-Verbindungsbüro Brüssel.....	8
---	---

Wirtschaft

EU-Bürger noch immer misstrauisch gegenüber Onlinetransaktionen.....	9
--	---

Termine

Ausschreibungen

Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen entsprechend dem Arbeitsprogramm 2011 des Programms zur Unterstützung der IKT-Politik (IKT-Förderprogramm) als Teil des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013).....	10
Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zum Arbeitsprogramm des gemeinsamen Programms Artemis Joint Undertaking.....	11
LIFE+ Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen 2011.....	12
Aufruf zur Interessenbekundung für Vertragsbedienstete für befristete Aufträge (London).....	13
Stellenausschreibung für die Europäische Arzneimittel-Agentur (London).....	14

Kooperationsbörse

Empowering patients and supporting widespread deployment of telemedicine services.....	15
--	----

»Europa-2020-Projektanleihen« sollen die Finanzierung von Projekten mit langfristigem Ertragspotenzial fördern

(KF) Noch im September 2010 erteilte Bundesfinanzminister Schäuble dem Thema Projektanleihe (auch Projektbonds) eine deutliche Abfuhr: »Die Kommission solle nicht ständig Vorschläge machen, die aus Sicht der Mitgliedstaaten weltfremd seien.« An dieser kritischen Haltung der Bundesregierung soll sich bislang nichts geändert haben.

Doch unklar bleibt bei all den Debatten, ob die Begrifflichkeiten wirklich immer klar voneinander getrennt werden: Projektanleihen sind etwas völlig anderes als die sogenannten Eurobonds, die zur Minimierung der Zinslast einzelner, hoch verschuldeter Euroländer vorgeschlagen werden.

In der am 28.02.2010 eingeleiteten Konsultation stellt die Europäische Kommission explizit die Projektanleihen als ein neues Anleihemodell vor. Dieses soll dazu beitragen, die Attraktivität privater Projektträger für Kapitalmarktanleger wie Pensionsfonds oder Versicherungsgesellschaften zu erhöhen. Diese privaten Projektträger sollen zur Finanzierung bestimmter Infrastrukturprojekte Anleihen ausgeben und dabei von der Europäischen Union Unterstützung erhalten.

Die Rolle der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank soll im Wesentlichen darin bestehen, einen Teil des Projektrisikos zu übernehmen. Dies würde das Rating der von den Projektträgern emittierten vorrangigen Schuldtitel verbessern und gewährleisten, dass diese Schuldtitel als Anleihen bei institutionellen Anlegern platziert werden können.

Der Bedarf soll enorm sein. Vorläufigen Schätzungen zufolge soll der Investitionsbedarf bei transeuropäischen Verkehrsnetzen, Energie und Informations- sowie Kommunikationstechnologien zwischen 1,5 und 2 Billionen Euro liegen. Auch angesichts der außerordentlich angespannten Lage der Staatshaushalte sei es aus Sicht der Europäischen Kommission erforderlich, den privaten Sektor verstärkt an der Finanzierung von Infrastrukturprojekten zu beteiligen.

Und Haushalt ist dabei ein sehr wichtiges Stichwort: Die Projektanleihen wären eine ganz neue Finanzierungsquelle der Europäischen Kommission. Ein Novum sozusagen in der Geschichte der Europäischen Union und nicht nur das. Mit seiner staatlichen Hilfsfinanzierung verabschiedet sich der für Wirtschaft und Währungen zuständige Kommissar Olli Rehn weiter von staatlicher Infrastruktur und will stattdessen dem »unwilligen« privaten Kapital auf die Sprünge helfen. Vor allem Energietrassen sollen privat gebaut und betrieben werden. Für gewinnverwöhnte Energiekonzerne werfen die staatlich regulierten Netze einfach zu niedrige Profite ab.

(Quelle: Europäische Kommission, TAZ)

Weitere Informationen über die öffentliche Konsultation finden Sie in der [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#).

Konsultation fragt nach der Machbarkeit einer Finanztransaktionssteuer und einer Finanzaktivitätssteuer

(KF) »Es gibt gute Gründe für eine Besteuerung des Finanzsektors und praktikable Wege, um sie durchzuführen.« Dies erklärte der für Steuern zuständige Kommissar Algirdas Šemeta im Oktober letzten Jahres als die Europäische Kommission ihre Vorschläge zur Besteuerung des Finanzsektors präsentierte.

Die am 22.02.2011 eingeleitete öffentlichen Konsultation fragt nunmehr - 4 Monate später! - unter anderem nach der grundsätzlichen Machbarkeit einer Finanztransaktionssteuer (FTT) und einer Finanzaktivitätssteuer (FAT). Sollte hier eine späte Einsicht in der Tragweite der vorgeschlagenen Alternativen eingetreten sein? Die Bandbreite der fast 60 Fragen lässt diese Vermutung durchaus zu.

Die Europäische Kommission favorisiert nach wie vor auf europäischer Ebene die Finanzaktivitätssteuer. Bei sorgfältiger Gestaltung und Umsetzung könne eine solche Steuer erhebliche Einnahmen generieren und die Stabilität der Finanzmärkte verbessern, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union unnötig zu gefährden. Eine Finanztransaktionssteuer sei der Europäischen Kommission zufolge dagegen nur auf globaler Ebene sinnvoll. Alle Anläufe, sich auf G20-Ebene auf eine Finanztransaktionssteuer zu verständigen, sind bislang allerdings gescheitert.

Die öffentliche Konsultation endet Mitte April 2011 und soll vermutlich durch das Ende März 2011 in Brüssel stattfindende Steuerforum angeregt werden. So lautet das für sich selbst sprechende Thema der Konferenz »Besteuerung des Finanzsektors«.

Deutschland und Frankreich drängen bislang auf die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf EU- oder Eurozonen-Ebene. Bisher zeichnet sich allerdings kein Konsens hierzu ab. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat Mittel von jährlich 2 Mrd. Euro aus einer solchen Steuer für den künftigen Bundeshaushalt ab 2012 eingeplant. Welche Mittel den Staaten aus einer europäisch koordinierten Finanzaktivitätssteuer zur Verfügung stünden, ist allerdings unklar.

(Quelle: Europäische Kommission, EurActiv)

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der [Generaldirektion Steuern und Zollunion](#).

Zuversichtliche Prognose für Deutschland

(KF/Praktikantin Claudia Schneider) Am 22.02.2010 stellte Professor Hans-Werner Sinn den zehnten Bericht des Europäischen Ökonomiebeirates (European Economic Advisory Group) in Brüssel vor. Die European Economic Advisory Group (EEAG) ist ein europäischer Sachverständigenrat, der 2001 von CESifo, der Gemeinschaftsorganisation des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung und dem Center for Economic Studies (CES) der Universität München ins Leben gerufen wurde.

Mit besonderem Interesse wurden dabei seine Einschätzungen zu der Frage erwartet, wie die Europäische Union im Falle Griechenlands weiter verfahren sollte (siehe [WiB-Artikel vom 25.10.2010](#)). Professor Sinn präsentierte drei gleichwertig pessimistische Prognosen. Eine Unterstützung Griechenlands nach den augenblicklichen Konditionen würde gerade die zwingend notwendige Wettbewerbsfähigkeit nicht verbessern, während härtere Restrukturierungen im Lande selbst zu innenpolitisch wohl kaum durchstehbaren Konsequenzen führen könnten. Die dritte Alternative, der Austritt aus der Eurozone, würde jedoch erneut unabsehbare Erschütterungen im Bankensektor verursachen und - um Professor Sinn zu ergänzen - auch unabsehbare Folgen für die Glaubwürdigkeit der Eurozone als solche hervorrufen. Entgegen anderslautender Presseberichte betonte er ausdrücklich, dass eine wissenschaftliche Lösung nicht präsentiert werden könne. An dieser Stelle sei vielmehr die Politik gefordert.

Professor Sinn stellte ferner einen dreistufigen Krisenmechanismus vor, der gefährdete Staaten vor einer Insolvenz schützen würde, ohne jedoch eine Vollversicherung darzustellen. »Replacement Bonds« werden dabei beispielsweise nur unter engen Bedingungen bis maximal 80 % durch den Rettungsmechanismus teilgarantiert. Er betonte dabei explizit, dass eine Europäische Wirtschaftsregierung nicht, wie beispielsweise durch eine Festsetzung der Lohnhöhe, in reine Marktparameter eingreifen solle. Damit werde eine schnelle Anpassung des Marktes an veränderte ökonomische Bedingungen behindert. Wichtiger sei die Befolgung der bereits vorhandenen Regeln, wie beispielsweise jene des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Dies war bekanntlich in der Vergangenheit nicht wirklich der Fall gewesen.

Optimistischer zeigte sich Professor Sinn bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung Europas und insbesondere Deutschlands. Es sei mit einer robusten wirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen, die auch mit sinkenden Arbeitslosenzahlen einhergehe. Sowohl die allgemeine Industriekonjunktur als auch der Großhandel verzeichnen steigendes Wachstum. Auch das Baugewerbe habe sich trotz des frühen Wintereinbruchs wieder stabilisiert. Doch nicht nur Deutschland entwickle sich positiv, auch die Nachbarstaaten weisen zunehmend Erfolge auf. Die sich dadurch verringern den Wachstumsunterschiede innerhalb der Eurozone seien als positives Zeichen zu werten. Sorge bereiten jedoch branchenübergreifend die seit 15 Jahren größten Preisanstiege für Energie und Rohstoffe.

(Quelle: EEAG)

Der [Report](#) ist auf der Website der CESifo-Gruppe verfügbar.

Sächsische Regionen bleiben unter 90 % des Bruttoinlandsproduktes

(KF) Das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) hat am 24.02.2011 die Zahlen zum regionalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner für das Jahr 2008 veröffentlicht. Damit liegen erstmals die Daten zumindest eines der sogenannten drei Referenzjahre für die neue Strukturfondsförderperiode vor.

Falls (vergleichbar der aktuellen Förderperiode 2007 - 2013) die Referenzjahre auf 2007, 2008 und 2009 entfallen sollten, lägen nunmehr gar die Daten des zweiten Referenzjahres vor. Aus den drei Referenzjahren wird zu gegebener Zeit ein Mittelwert gebildet, der entscheidend für die Frage ist, welche Strukturförderung eine europäische Region ab 2014 erhält.

Das aktuell berechnete Bruttoinlandsprodukt lag in den 271 NUTS-2-Regionen (NUTS ist eine statistische Gebietsklassifizierung) der EU27 zwischen 28 % in der Region Severozapaden in Bulgarien und 343 % in der Region Inner London im Vereinigten Königreich.

Für den Freistaat Sachsen ergibt sich insgesamt ein Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von 86 %. Leipzig ist mit 89 % die sächsische Region mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt, während Dresden auf 87 % und Chemnitz auf 83 % kommen. Damit macht sich erstmals die Wirtschafts- und Finanzkrise im Bruttoinlandsprodukt der Regionen bemerkbar. Der Freistaat Sachsen, der in 2008 etwas von der Krise betroffen war, bleibt den Vorjahreszahlen weitgehend treu (2007: Leipzig 88,6 %, Dresden 87,7 % und Chemnitz 82,6 %). Die von der Krise weniger betroffenen Regionen werden jedoch statistisch gesehen reicher. Diese Entwicklung könnte für Sachsen in den folgenden Jahren von entscheidender Bedeutung sein.

Die Regionen am unteren Ende der Rangfolge befanden sich alle in Bulgarien und Rumänien, mit den niedrigsten Zahlen in Severozapaden in Bulgarien (28 % des Durchschnitts), gefolgt von Nord-Est in Rumänien (29 %). Von den 64 Regionen unterhalb der 75%-Grenze befanden sich 15 in Polen, je sieben in der Tschechischen Republik und Rumänien, je sechs in Bulgarien und Ungarn, je vier in Italien und Portugal, je drei in Griechenland, Frankreich (alle Überseedepartements) und der Slowakei, zwei im Vereinigten Königreich und eine in Spanien sowie Estland, Lettland und Litauen.

Demgegenüber sind auf den 10 »Spitzenplätzen« allein 8 Hauptstadtregionen zu finden. Dazu gehören unter anderem Inner London im Vereinigten Königreich (343 % des Durchschnitts), das Großherzogtum Luxemburg (279 %), Bruxelles/Brussels in Belgien (216 %), Groningen in den Niederlanden (198 %), Hamburg in Deutschland (188 %) und Praha in der Tschechischen Republik (172 %).

(Quelle: Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat))

Weitere Informationen finden Sie in der [Pressemitteilung von Eurostat](#).

Europäische Kommission veranstaltet Konferenz zu nachhaltigem Wachstum in der Regionalpolitik

(Praktikantin Claudia Schneider) Am 18.02.2011 fand in Brüssel eine von den Generaldirektionen Regionalpolitik und Umwelt organisierte Konferenz zur Mitteilung der Europäischen Kommission » **Beitrag der Regionalpolitik zum nachhaltigen Wachstum im Rahmen der Strategie Europa 2020**« vom 26.01.2011 statt.

Neben dem für die Regionalpolitik zuständigen Kommissar Johannes Hahn waren auch Kommissionsvertreter aus den ebenfalls an der Ausarbeitung der Mitteilung beteiligten Ressorts Umwelt, Energie und Klimapolitik anwesend. Dies verdeutlichte, dass es sich bei dem Streben nach nachhaltigem Wachstum um ein Querschnittsthema handelt, das nur durch integrierte Ansätze und sektorenübergreifender Kooperation erfolgreich sein kann.

Kommissar Johannes Hahn betonte in seiner Eröffnungsrede, dass Europa seine Bemühungen zur Umsetzung der Leitinitiative »Ressourcenschonendes Europa« aktiv vorantreiben müsse, um seine derzeitigen Wettbewerbsvorteile im Bereich der »Green Economy« aufrechterhalten zu können. Diese sei im Hinblick auf ihr Innovationspotential, die mögliche Schaffung von Arbeitsplätzen und aus Gründen der Energieeffizienz von großer Bedeutung. Da die Regionen einen entscheidenden Beitrag zu einer positiven Entwicklung leisten können, müssten entsprechende Maßnahmen bereits innerhalb des aktuellen, noch bis 2013 andauernden Programmzeitraums des Kohäsionsfonds getroffen werden.

Anschließend stellte er die Kommissionsmitteilung im Einzelnen vor, die auf den zwei Säulen »Mehr in nachhaltiges Wachstum investieren« und »Besser in nachhaltiges Wachstum investieren« basiert. Weiterhin ging er auf die in der Mitteilung zum Thema »Nachhaltiges Wachstum« ermittelten drei Prioritäten ein: eine Wirtschaft mit geringem CO₂-Ausstoß, Ökosystemdienstleistungen und biologische Vielfalt sowie Ökoinnovation.

Die Vertreter der Generaldirektionen Energie, Klimapolitik und Umwelt ergänzten im Anschluss die Ausführung des Kommissars durch einige fachspezifische Anmerkungen.

Betont wurde unter anderem der Aspekt der Energieeffizienz, die Verantwortung der Städte und Stadtregionen als Hauptverursacher des CO₂-Ausstoßes sowie die Notwendigkeit der Umsetzbarkeit umweltpolitischer Entscheidungen auf lokaler Ebene. Weiterhin müsse Europa im Bereich der »Öko-Innovationen« durch die Unterstützung grüner Technologien eine führende Rolle im globalen Wettbewerb anstreben.

Im Anschluss an den Vortrag von Prof. Kevin Morgan von der Universität Cardiff zum Innovationspotential der »Green Economy« folgten einige Projektpräsentationen guter Praktiken, die durch den Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert werden. Darunter befand sich auch das »Center for Environmental Projects« aus Polen dessen Vertreterin zwei Projekte zum Thema »Grüne Infrastruktur für geschützte Lebensräume und natürliche Risikoprävention« vorstellte.

Die vollständige Mitteilung finden Sie auf der Website der Europäischen Kommission.

Kick-off-Meeting für EU-Teilprojekt im Sachsen-Verbindungsbüro Brüssel



Teilnehmer des PraTLA Kick-off meetings aus Sachsen, Smaland (SE), Haute-Savoie (FR) und Niederschlesien (PL).
(© B.&S.U. Beratungs- und Service-Gesellschaft Umwelt mbH)

(Christian Borchard B.&S.U.mbH/MG) Das erste von sechs Teilprojekten des INTERREG IVC Projekts **EnercitEE** fand am 07./08.02.2011 im Sachsen-Verbindungsbüro Brüssel statt. EnercitEE ist ein europäisches Projekt, bei dem die Energieeffizienz in der kommunalen Verwaltung und bei Bürgern im Vordergrund steht. Im Rahmen des Vorhabens werden mehrere Teilprojekte ausgeschrieben, die den Erfahrungsaustausch zum Thema zwischen den sechs beteiligten Regionen voranbringen und Maßnahmen zur Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für Energieeffizienz entwickeln.

Das erste von sechs kürzlich bewilligten Teilprojekten fand jetzt im Sachsen-Verbindungsbüro Brüssel statt. Das Teilprojekt »PraTLA-Practical Training in Local Authorities« vermittelt Studenten aus verschiedenen Fachbereichen an Kommunen, die ihre Energieeffizienz in bestimmten Bereichen weiter verbessern möchten.

Bei dem Auftakttreffen wurde deutlich, wie sehr sich die thematischen Ansätze zur Steigerung der Energieeffizienz in den Regionen unterscheiden: Sachsen und die schwedische Region Smaland versuchen, ihre Energieeffizienzpotentiale in der Wärmeerzeugung unter anderem durch den Einsatz regional vorhandener erneuerbarer Energien zu verbessern.

Das französische Département Haute-Savoie setzt vor allem auf Energieeffizienzlösungen im Bereich Verkehr und in der polnischen Region Niederschlesien geht es zunächst darum, erste Strukturen zu schaffen.

In den kommenden zwei Jahren sollen sich über 30 Studenten in mehr als 50 Kommunen dem Thema widmen. Federführender Partner des Teilprojekts ist die Hochschule Zittau/Görlitz in Sachsen.

EU-Bürger noch immer misstrauisch gegenüber Onlinetransaktionen

(Praktikantin Claudia Schneider) Am 18.02.2011 hat ein durch die Europäische Kommission eingeleiteter Konsultationsprozess zur elektronischen Signatur und der elektronischen Identifizierung (eID) sowie Authentifizierung begonnen. Der **Onlinefragebogen** richtet sich an alle Interessierten und kann bis zum 15.04.2011 beantwortet werden. Er besteht aus sieben Teilen und enthält insgesamt 29 Fragen, die zum Teil offen oder in Form von Multiple Choice bearbeitet werden können.

Hintergrund dieser Initiative der Europäischen Kommission ist das immer noch mangelnde Vertrauen sowohl von Verbrauchern als auch von Unternehmen gegenüber Onlinetransaktionen. Dadurch werde die Entwicklung der Onlinewirtschaft in der Europäischen Union gehemmt und die Verwirklichung eines europäischen digitalen Binnenmarktes behindert.

Elektronische Signaturen und die elektronische Identifizierung (eID) sowie Authentifizierung können dabei sowohl Nutzern als auch Anbietern ermöglichen, sich auf sichere, vertrauenswürdige und nutzerfreundliche Onlinedienste zu stützen. Neelie Kroes, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und für die Digitale Agenda zuständig, erklärte hierzu: »Ich möchte dazu beitragen, dass alle Europäer ohne die Befürchtung online gehen können, betrügerischen Machenschaften im Netz zum Opfer zu fallen.«

Hierfür soll noch in diesem Jahr die bisher geltende e-Signaturrechtlinie (1999/93/EG) überarbeitet werden. Weiterhin plant die Europäische Kommission eine Initiative zur gegenseitigen Anerkennung der elektronischen Identifizierung und Authentifizierung. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in beiden Legislativmaßnahmen berücksichtigt werden.

Die Konsultation zielt darauf ab, Informationen darüber zu erhalten, welche Anforderungen die Nutzer und bestimmte Branchen an die elektronische Identifizierung haben. Weiterhin sind Vertreter des Informations- und Technologiesektors aufgerufen, ihre Vorstellung bezüglich der Ausgestaltung einer elektronischen Unterschrift unter der Berücksichtigung bestehender Hindernisse und einer möglichen Abstufung des Sicherheitsniveaus kund zu geben. Die gegenseitige Anerkennung der elektronischen Identifizierung und Authentifizierung sowie die dafür notwendigen gemeinsamen Prinzipien spielen ebenfalls eine wichtige Rolle innerhalb des Konsultationsverfahrens. Auch das Thema Forschung und Innovation wird aufgegriffen, um ihren potenziellen Beitrag zur Entwicklung neuer Verfahren zu erörtern.

Das Pilotprogramm »STORK« (Secure idenTity acrOss boRders linKed), an dem auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik beteiligt ist, wird derzeit bereits zu 50 % von der Europäischen Kommission kofinanziert. Es handelt sich dabei um ein Projekt, das in 17 europäischen Ländern die grenzübergreifende Anerkennung von eID-Systemen und den unkomplizierten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen ermöglicht. Damit soll es EU-Bürgern ermöglicht werden, sich innerhalb der gesamten Europäischen Union mit ihren nationalen elektronischen Identitätsnachweisen ausweisen zu können.

(Quelle: Europäische Kommission)

**Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen entsprechend dem Arbeitsprogramm
2011 des Programms zur Unterstützung der IKT-Politik (IKT-Förderprogramm) als Teil des
Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013)**

Weitere Informationen finden Sie im [Amtsblatt der Europäischen Union](#).

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zum Arbeitsprogramm des gemeinsamen Programms Artemis Joint Undertaking

Weitere Informationen finden Sie im [Amtsblatt der Europäischen Union](#).

LIFE+ Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen 2011

Weitere Informationen finden Sie im [Amtsblatt der Europäischen Union](#).

Aufruf zur Interessenbekundung für Vertragsbedienstete für befristete Aufträge (London)

Weitere Informationen finden Sie im [Amtsblatt der Europäischen Union](#).

Stellenausschreibung für die Europäische Arzneimittel-Agentur (London)

Weitere Informationen finden Sie im [Amtsblatt der Europäischen Union](#).

Empowering patients and supporting widespread deployment of telemedicine services

Dear colleagues,

TICBioMed, eHealth cluster located in the Region of Murcia (Spain) is looking for Healthcare organizations and ICT companies in order to participate in the ICT PSP call, under the 3.4: Empowering patients and supporting widespread deployment of telemedicine services. They are looking for national tandems, that is, interested parties must bring along the other type (either a Healthcare organization or an ICT company) in order to be accepted.

The project is aimed to improve significantly the health and quality of life of patients through the use of innovative services, based on secure and user friendly online access by patients to their health data and integrated health records, as well as associated services including e-booking of medical consultations or chronic disease management services. For more information, please follow this link.

He will be attending the info day in Brussels on the 28th of February. If any organization of your country (special interest in Denmark, Sweden, UK or Finland) would be interested, do not hesitate to contact Mr. Jorge Gonzalez Olalla, ASAP:

Jorge Gonzalez Olalla

Coordinador Empresarial de TICBioMed

jorge.gonzalez@ticbiomed.net

T. +34 657847238

Skype. jorge_gonzalez_olalla

[Web of the call for proposals](#). This search will be open till the 30/03/2011.

http://ec.europa.eu/information_society/activities/ict_psp/index_en.htm

We look forward to hearing from you soon.

EU Region of Murcia Office

Aurelia Fernández

Oficina de la Región de Murcia

Avenue des Arts, 3,4,5

B-1210 - Bruxelles

of.murcia2@info.carm.es

Tel: 0032-0-22090574

Fax: 0032-0-22191458